



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Mobil: (0177) 372 6186

E-Mail: mail@christian-duerr.de

Internet: www.christian-duerr.de

Rede zum Antrag **Niedersächsische Jugendpolitik neu ausrichten**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 15/1683 (Erste Beratung)

56. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 24. Februar 2005

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann eigentlich, Herr Kollege Albers, fast nahtlos an das anschließen, was der Ministerpräsident hier gesagt hat: Außer Vorwürfen haben wir von Ihnen heute nichts, aber auch gar nichts gehört.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will mir herausnehmen, als jüngerer Abgeordneter zu sagen: Wie viel die SPD in Niedersachsen von der Partizipation Jugendlicher hält, sieht man bereits am Anteil junger Menschen in ihrer eigenen Fraktion.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Mit der Verantwortung und den Belastungen, die das Heranwachsen der Kinder zu Bürgern von morgen mit sich bringt, darf die Gesellschaft die Eltern nicht allein lassen. Vielmehr gibt es eine gesellschaftliche Verantwortung für Kinder und Jugendliche. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, ich will noch einmal ganz kurz etwas zum Thema Schulden sagen. Ich habe das Gefühl, Sie haben das noch nicht ganz verstanden. Es ist nur ein Teil der Wahrheit, dass die Schulden, die wir heute machen, von den kommenden Generationen getragen werden müssen. Die ganze Wahrheit ist nämlich, dass es bereits die heutige Generation trifft, meine Damen und Herren! Das sind die jungen Menschen, die auch oben auf den Besuchertribünen sitzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber ich will zum Inhalt zurückkommen. Jugendpolitik darf nicht nur Reparaturbetrieb sein, sondern muss präventiv ausgerichtet sein. Deshalb sind die Vermittlung von Werten und die Stärkung von Eigenverantwortung von großer Bedeutung. Starke

Persönlichkeiten sind weniger anfällig für Suchtverhalten - dazu haben wir eben schon einiges gehört -, Gewalt und politischen Radikalismus. Nur wenn Jugendliche gar nicht erst in derartige Problemlagen geraten, lassen sich entsprechend teure Jugendhilfemaßnahmen vermeiden.

(Zustimmung bei der FDP)

Jugendpolitik ist dabei mehr als Jugendhilfepolitik, wie sie von der SPD hier verstanden wird. Sie ist nämlich ressortübergreifend, meine Damen und Herren. Das haben wir vorhin am Beispiel des Kultusministeriums gesehen. In Niedersachsen wird bereits viel gute Arbeit für Jugendliche geleistet. Ich erinnere z. B. in der Bildungspolitik an das Hauptschulprofilierungsprogramm oder in der Wirtschaftspolitik an die Lohnkostenzuschüsse zum Berufseinstieg von arbeitslosen Jugendlichen mit Ausbildung.

(Zustimmung bei der FDP)

Wir wollen nicht wie die vorherige Landesregierung Jugendpläne aufstellen oder Kurzprogramme starten. Diese bestanden letztendlich nur aus Klein- und Kleinstfördermaßnahmen mit geringen inhaltlichen Zusammenhängen und sehr hohem bürokratischen Aufwand. Meist auf drei Jahre befristet, sind diese Maßnahmen inzwischen völlig wirkungslos verpufft. Meine Damen und Herren, hier wurde Geld ausgegeben, gebracht hat es aber wenig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will das noch einmal ganz deutlich sagen: Für solche Prestigeobjekte, wie sie insbesondere von der SPD eigentlich während ihrer gesamten Regierungszeit betrieben wurden, ist schlicht und ergreifend kein Geld mehr da. Dazu werden wir auch kein Geld mehr hinausschmeißen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Für uns kommt es vorrangig darauf an, den jungen Menschen gute Ausbildungsmöglichkeiten zu geben und alles zu tun, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Mit der Einrichtung der Pro-Aktiv-Centren für arbeitslose Jugendliche zur Integration in die Arbeitswelt und der Zusammenführung der vorher bestehenden unterschiedlichen Förderprogramme hat die FDP/CDU-Landesregierung hier einen ganz wesentlichen Akzent gesetzt. Wir wollen die Arbeit der Pro-Aktiv-Centren auch zukünftig erhalten. Über die Hälfte der dort betreuten Jugendlichen besitzt Ansprüche nach dem SGB II. Für sie sind jetzt eigentlich die Arbeitsgemeinschaften und die zugelassenen kommunalen Träger zuständig. Der andere Teil der betroffenen Jugendlichen fällt hingegen unter die Jugendsozialarbeit. Diese Aufteilung darf aber nicht dazu führen, dass dasjenige auseinander dividiert wird, was wir richtigerweise erst gerade zusammengeführt haben.

(Beifall bei der FDP)

Das Land soll nämlich auch zukünftig 50 % der Aufwendungen für die Pro-Aktiv-Centren übernehmen, wenn die Träger der Arbeitsförderung die andere Hälfte abdecken. Bei den Optionskommunen scheint dies bereits gesichert zu sein. Ich

selbst komme aus einem Optionslandkreis. Bei einigen Arbeitsgemeinschaften gestalten sich die Abstimmungen leider problematisch. Wir appellieren hierzu an die Vernunft von allen Beteiligten. Neben dieser vorrangigen Aufgabe der Integration von Jugendlichen in das Arbeitsleben zeigen wir in unserem Antrag weitere Akzente der Jugendpolitik auf.

Die Zeit ist leider schon relativ weit fortgeschritten. Deswegen kann ich nicht auf alles eingehen. Aber zum Schluss möchte ich noch einen ganz wichtigen Punkt zur Sprache bringen. Wir wollen den finanziellen Spielraum der kommunalen Jugendhilfeträger bei den gesetzlichen Aufgaben erhöhen; denn nur so wird es überhaupt möglich sein, mehr präventive Angebote zu finanzieren. Dazu brauchen wir Reformen im SGB IIX. Eine angemessene Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen der Eltern z. B. bei einer Heimunterbringung ist durchaus vertretbar und bedeutet letztlich nicht mehr als die Einführung des Subsidiaritätsprinzips auch in der Jugendhilfe. Entsprechende Bundesratsinitiativen liegen vor. Aber Ihrer Bundesregierung scheint der Mut zu fehlen, sich mit den Ländern auf einen gemeinsamen Nenner zu verständigen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Unruhe)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Dürr, einen Moment, bitte! - Sie können fortfahren.

Christian Dürr (FDP):

Danke. - Sie bringen lieber ein TAG in nicht zustimmungspflichtiger Form durch und verschieben die Reform der Jugendhilfe auf unbestimmte Zeit. Sie, meine Damen und Herren von der SPD - wir haben das gerade beim Thema Frauenbeauftragte meiner Meinung nach wieder einmal gemerkt -, tragen scheinbar die Frauen- und Jugendpolitik wie eine Monstranz vor sich her. Die Wahrheit ist: Bei Ihnen ist es Fassade, bei uns sind es Inhalte. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Quelle: Stenographischer Bericht der 56. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, herausgegeben am 07.03.2005